

Journal

■ Medizinklimaindex: Wirtschaftliche Lage der (Zahn-)Ärzte

Der Medizinklimaindex Herbst 2009 beträgt -21,7. Im Frühjahr 2009 lag er noch bei -36,7. Die Hälfte (50,6 Prozent) der befragten Ärzte, Zahnärzte und Psychologischen Psychotherapeuten schätzt ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als befriedigend ein. 21,4 Prozent halten sie für positiv, 27,9 Prozent für schlecht. Der Medizinklimaindex der Zahnärzte liegt bei -12,5. 22,7 Prozent der befragten Zahnmediziner bezeichnen ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als gut, 50 Prozent als stabil und 27,3 Prozent halten die Situation für schlecht. 11,4 Prozent der Zahnärzte meinen, dass sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden sechs Monaten verbessert. Über die Hälfte (56,8 Prozent) erwartet keine Veränderung. Ein Drittel (31,8 Prozent) rechnet damit, dass sich die Lage verschlechtert. Zu diesen Ergebnissen kommt der Medizinklimaindex Herbst 2009 der Stiftung Gesundheit. Er wird halbjährlich berechnet. Befragt wurden 887 Ärzte, Zahnärzte und Psychologische Psychotherapeuten. lin

■ Umfrage zur Gesundheitsversorgung

Das Praxisbarometer der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein vom Sommer 2009 zum Thema „Gesundheitsversorgung – Was muss besser werden?“ zeigt, dass norddeutsche Zahnärzte auf keinen Fall ein staatliches Gesundheitssystem wollen: 73,1 Prozent der Befragten lehnen es ab, Krankenkassenbeiträge abzuschaffen und „alles aus Steuern zu finanzieren“. 56,6 Prozent sind der Meinung, dass die Gesundheitsversorgung keine Staatsaufgabe ist, weil sie den Menschen die Freiheit nimmt, für sich selbst verantwortlich zu sein. Das Prämienmodell befürworten die Befragten: Mehr als zwei Drittel (68,2 Prozent) halten die Abkoppelung der Versicherungsbeiträge vom Arbeitseinkommen für richtig. Fast zwei Drittel (64,1 Prozent) wollen weg von einkommensabhängigen Krankenkassenbeiträgen und hin zu einer Prämienzahlung. Das bestehende System könne am besten durch eine Beschränkung der Pflichtversicherung auf eine Grundversorgung gewährleistet werden. Fast einhellig (91 Prozent) herrscht die Ansicht, dass versicherungsfremde Leistungen aus dem Katalog herausgenommen werden sollen. An der Umfrage beteiligten sich 145 Zahnärzte aus Schleswig-Holstein. lin

■ Volksbegehren Nichtraucherschutz startet Mitte November

Vom 19. November bis zum 2. Dezember 2009 können sich bayerische Wahlberechtigte in den Rathäusern für das Volksbegehren Nichtraucherschutz eintragen. Ziel ist, die Lockerung des Gesundheitsschutzgesetzes vom Juli 2009 rückgängig zu machen und einen umfassenden Nichtraucherschutz in Bayern zu erreichen. Das vorherige Gesetz soll wieder eingeführt werden, allerdings ohne die Möglichkeit, sogenannte Raucherclubs auszuweisen. Neben Vertretern aller Parteien unterstützen auch Ärzte- und Gesundheitsverbände die Initiative. Weitere Informationen zum Volksbegehren und Eintragungszeiten unter www.nichtraucherschutz-bayern.de lin

■ BZÄK und BdZA: Berufskunde 2020

Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und Bundesverband der zahnmedizinischen Alumni in Deutschland (BdZA) präsentieren www.berufskunde2020.de. Auf der Internetseite können sich Zahnmedizinische Studierende und Absolventen über Aspekte der Berufskunde informieren. Das Thema sei für angehende Zahnmediziner von herausragender Bedeutung, um Erfolg und Wirtschaftlichkeit der eigenen Praxis sicherzustellen, so die Initiatoren. Erster inhaltlicher Einstieg der Internetseite ist die von der BZÄK entwickelte Broschüre „Der Weg in die Freiberuflichkeit – Praxisgründung“, die 2007 erschienen ist. Informationen zu Seminaren und Beratungsangeboten sowie Fachbeiträge und Artikel sollen das Angebot künftig ergänzen. lin/BZÄK

■ BFB-Leitbild in vier Sprachen

Das Leitbild des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) zum 60-jährigen Bestehen des Verbands 2009 liegt nun auch auf Englisch und Französisch vor. „Guiding Principles of the liberal professions 2009“ beziehungsweise „La charte des professions libérales 2009“ soll vor allem auf europäischer Ebene die Kommunikation für die Bedeutung der Freien Berufe erleichtern. Auf der Internetseite des BFB unter www.freie-berufe.de > Freie Berufe > Leitbild steht das Leitbild zudem in italienischer Sprache bereit. Hier kann auch die deutsche Version heruntergeladen werden. lin

■ Umfrage: Jeder Sechste geht wegen Kosten nicht zum Zahnarzt

Fast jeder sechste Deutsche hat in den vergangenen drei Jahren eine Zahnbehandlung aus Kostengründen aufgeschoben. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ipsos. Bei Menschen mit einem Haushaltseinkommen bis 1.249 Euro im Monat war es sogar mehr als jeder Vierte. Laut Umfrage verschieben Menschen mit einer Zahnzusatzversicherung Behandlungen beinahe genauso oft wie jene, die keine solche Versicherung abgeschlossen haben. Außerdem haben 13 Prozent einen Zahnersatz geringer Qualität gewählt, weil ihnen das am besten geeignete Material zu teuer war. An der telefonischen Umfrage im Auftrag der HanseMercur Versicherungsgruppe in Hamburg nahmen 1000 Menschen über 14 Jahren teil.

ho

■ Gesetzlichen Kassen fehlen Milliarden

Den gesetzlichen Krankenkassen fehlen im kommenden Jahr rund 7,5 Milliarden Euro zur Deckung ihrer Ausgaben. Zu diesem Ergebnis kam der Schätzerkreis der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Experten des Bundesgesundheitsministeriums, des Bundesversicherungsamts (BVA) sowie des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erwarten schwache Einnahmen bei gleichzeitig deutlich steigenden Ausgaben. Nach den Berechnungen des Gremiums stehen Einnahmen in Höhe von 166,7 Milliarden

Euro Kosten von 174,2 Milliarden gegenüber. Die neue Bundesregierung will die Milliarden-Lücke durch einen „Sozialversicherungsstabilisierungsfonds“ schließen. Auch über Einsparungen denken die Union und FDP nach. Sollte das Geld dennoch nicht reichen, müssten die Kassen Zusatzbeiträge erheben.

vo

■ Verschwendung im Bundesgesundheitsministerium

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat das Bundesgesundheitsministerium (BMG) der Verschwendung öffentlicher Mittel bezichtigt. Im aktuellen „Schwarzbuch“ geht es unter anderem um das Geld, das die Ministerien aus dem Konjunkturpaket II selbst verwenden dürfen. Bereits im Mai 2009 hatte der BdSt im „Krisenbuch“ über zahlreiche fragwürdige Projekte der Ministerien berichtet. Ein neues Vorhaben des BMG bezeichnete der BdSt im Schwarzbuch nun als haarsträubend: „Nicht nur, dass dessen Neubau in der Rochusstraße zu klein geraten war (siehe Schwarzbuch 2007), nein, jetzt soll auch der Eingangsbereich des dortigen Dienstsitzes umgestaltet werden. Das kostet voraussichtlich 900.000 Euro.“

ho

■ Mehr Beitragsautonomie

CDU/CSU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Krankenkassen wieder mehr Spielraum bei der Festsetzung ihrer Beiträge zu geben. „Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden“, heißt es in der Vereinbarung. Vorschläge zur Umsetzung dieser Pläne soll eine Regierungskommission erarbeiten.

lh



